

Schutz ergeben lassen. Die Aussprache der Herren hat bisher nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob die Vorwürfe berechtigt sind. Jedenfalls hat der Polizeipräsident Richter angeordnet, daß neben den Untersuchungen gegen die Rädelsführer auch Nachforschungen anzustellen sind, wor für der Verantwortliche ist, daß trotz der zahlreichen Warnungen vor den erwarteten Zusammenstößen zunächst nur sechs Polizeibeamte als Zirkuswache aufgeboten waren. Heute mittag hat ferner im Ministerium des Innern eine Konferenz mit Oberregierungsrat Dr. Weiß ihren Anfang genommen, in der zunächst Bericht über die gestrigen Vorkommnisse erstattet wird.

Erklärungen des Polizeipräsidenten.

Einem Pressevertreter erklärte heute Polizeipräsident Richter: Die gestrigen Vorfälle am Zirkus Busch sind teilweise in übertriebener und unrichtiger Weise in der Presse, sowohl in ihrer Vorgängen wie in ihrem Verlauf, dargestellt worden. Als mir die geplante Veranstaltung des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ bekannt wurde, gab ich sofort der zuständigen Abteilung la Auftrag, zu prüfen, ob es sich bei der Veranstaltung etwa um eine Vereinigung der vom Minister des Innern verbotenen rechtsradikalen Verbände handelte, die in dieser Form vielleicht ihre Tätigkeit, die zu ihrer Auflösung geführt hatte, fortsetzen wollte. Die Prüfung hat ergeben, daß es sich nicht um eine Veranstaltung handelt, die nach dem Gesetz zum Schutze der Republik zu verbieten wäre. Als die Kommunistenhege und die Verdächtigungen gegen die Veranstaltung einsetzten, beauftragte ich zunächst die zuständige Stelle, die kommunistische Partei vor einer Störung der Versammlung zu warnen und auf die Folgen aufmerksam zu machen. Trotzdem ging die kommunistische Hege in verschärfter Form weiter, und die „Note Fahne“ brachte es fogat fertig, einen Aufruf der Funktionäre der kommunistischen Partei zu bringen, der zur planmäßigen Störung und damit zur Begehung strafbarer Handlungen direkt aufforderte.

Die angeordneten Gewaltmaßnahmen und die damit sicher zu erwartenden Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu einem Verbot der Versammlung zu benutzen, habe ich abgelehnt, weil ich eine derartige Unterbindung der Versammlungsfreiheit unter keinen Umständen dulden kann. Ich habe dann noch eine allgemeine Warnung in der Presse veröffentlicht lassen, die aber jedenfalls die Kommunisten nicht veranlaßt hat, von ihrem verbrecherischen Vorgehen Abstand zu nehmen.

Gleichzeitig habe ich alle Maßnahmen angeordnet, die zum Schutze der Versammlung und zur Verhinderung von Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung notwendig waren. Ich habe die zuständige Dienststelle der Schutzpolizei mit allem Nachdruck auf die Wichtigkeit der Angelegenheit hingewiesen und dem Kommandeur gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß alle Schutzmaßnahmen getroffen werden müßten.

Bei den Vorgängen am Zirkus Busch selbst hat sich herausgestellt, daß die Kommunisten schon sehr frühzeitig ausgeserrt waren, worin die Absicht, mit Gewalttätigkeiten vorzugehen, schon von vornherein erkennbar war. Die dort zunächst zur Verfügung stehenden Beamten waren dem Ansturm nicht gewachsen. Meine Untersuchung hat festgestellt, daß die zuständige Dienststelle der Schutzpolizei mit einem derart frühzeitigen Eintreten der Tumulte nicht gerechnet hatte. Die hierfür verantwortliche Dienststelle werde ich mit allem Nachdruck zur Verantwortung ziehen.

Wenn auch das frühzeitige Einsetzen von Tumult und Gewalttätigkeit leider nicht verhindert werden konnte, so hat das Eingreifen der Schutzpolizei doch bewirkt, daß die Versammlung selbst zur festgesetzten Zeit ungestört tagen konnte. Daß die uns durch das Gebot der Entente ausgeübte Forderung der inneren Organisation der Schutzpolizei früher oder später ihre üblichen Folgen klar erweisen würde, haben diese Vorkommnisse ebenfalls dargetan. Ich habe meine vorgesehene Dienstbehörde in meinem Bericht stets darauf hingewiesen und auch immer betont, daß für die Aufrechterhaltung der Ruhe der Ruhe und Ordnung in Berlin von viel höherem Wert, als die Zahl der Beamten, ihre zweckentsprechende Organi-

tion sei. Bei derartigen großen Massenansammlungen ist die Stellung der Polizeiorgane natürlich immer sehr schwierig, da stets Gefahr besteht, daß bei zu rückwärtslosem Waffengebrauch Unbeteiligte in hohem Maße gefährdet werden, während die eigentlichen Drahtzieher der Unruhen sich erfahrungsgemäß im Hintergrund halten.

Ich habe Anordnung gegeben, daß den Veranstaltern und Teilnehmern an den Gewalttätigkeiten mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln nachgespürt wird und sie ihrer Bestrafung zugeführt werden. Eine hohe Belohnung von 500 000 Mark für zweidienliche Mitteilungen über die Verbrecher wird die Arbeiten der Polizeiorgane wirksam unterstützen.

Die verantwortlichen kommunistischen Kreise, die trotz meiner eindringlichen Warnung von ihrem verbrecherischen Tun nicht Abstand genommen haben, werden sich jetzt nicht darüber beklagen dürfen, daß sie die volle Strenge des Gesetzes trifft, um so mehr, als gerade hier in Berlin den Kommunisten in ihrer eigenen Betätigung in bezug auf Versammlungsfreiheit, so lange sie sich in gesetzlichen Rahmen gehalten hat, immer der weitestgehende Spielraum gewährt wurde.

Hoffentlich haben die beklagenswerten Vorgänge das eine Gute zur Folge, daß die radikalen Parteien die Versammlungsfreiheit ihrer Gegner in höherem Maße als bisher achten lernen. Sollte auch diese Lehre sich als unwirksam erweisen, so werde ich in Zukunft von vornherein dem radikalen Terror mit den schärfsten polizeilichen Mitteln entgegenzutreten.

Der Bund für Freiheit und Ordnung.

Die Frage drängt sich auf, ob die gestrigen Straßenkämpfe ein isoliertes Ereignis oder den Auftakt zu einer Reihe ähnlicher „Aktionen“ der kommunistischen Parteien Deutschlands darstellen. Seit dem bössartig-verbrecherischen Märzputsch im Jahre 1921, der blutig begonnen und von der Staatsgewalt niedergeschlagen worden ist, worauf später die Spaltung im kommunistischen Lager erfolgte, hat sich die illegale Leitung der kommunistischen Partei ziemlich ruhig verhalten. Gläubt sie jetzt am Beginne eines Herbstes und Winters voll schwerer wirtschaftlicher Not den Zeitpunkt für neue Aktionen für gekommen? Handelt sie auf eigene Faust, oder, wie im März 1921, nach Direktiven, die sie aus Moskau erhalten hat? Das scheint die wichtigste Frage zu sein, die sich dem Politiker nach den gestrigen Ereignissen in der Umgebung des Zirkus Busch aufdrängt. Es wird die Aufgabe der von der Polizei eingeleiteten Ermittlungen sein, festzustellen, woher die Mittel stammen, aus denen die Arrangements des blutigen Sonntags die Tagelöhner für die geworbenen Teilnehmer an dem Sturm auf den Zirkus hergenommen haben, die Drähte blozulegen, an denen die Statisten bei dieser „Aktion“ gezogen worden sind.

In einer anderen Richtung wird die Polizei die Ermittlungen nach den Schuldigen an dem Blut, das gestern geflossen ist, auch auf sich selbst ausdehnen müssen. Alle Berichte über den Verlauf der gestrigen Straßenkämpfe stimmen dahin überein, daß die Zahl der von den Kommunisten aufgeborenen Helfer 2000 kaum überschritten hat. Und diese zweitausend Menschen sind nicht etwa aus „glühender Begeisterung“ für die kommunistische Sache ins Feld, will heißen vor den Zirkus Busch gezogen, sondern um Tagelöhne, die wie ein armjeliger Bettel wirken. Den „Obmännern“ sind je 200 Mark, den Obdachlosen nach einzelnen Berichten sogar nur etwa 15 Mark für eine fünfstündige „Arbeitsleistung“ im Dienste der Störung der Ruhe und der öffentlichen Ordnung für ein Unternehmen bezahlt worden, bei dem sie ihre Knochen und ihr Leben aufs Spiel setzen. Das ist einerseits ein erfreulicher Beweis dafür, daß die drei Tage lang betriebene kommunistische Hege bei der wirklichen Arbeiterschaft Berlins keinen Erfolg gehabt hat, zeigt aber andererseits auch, daß die Stoßkraft dieses Trupps von erbärmlich bezahlten Nowdies nicht so beträchtlich gewesen sein kann, daß sie nicht durch entsprechende Aufgebote von Schutzpolizei sehr rasch hätte gebrochen werden können. Durch die kommunistische Presse selbst war die Polizei auf das, was

für den Sonntag bevorstand, deutlich genug aufmerksam gemacht worden.

Wie es da kommen konnte, daß die bezahlten Leute der kommunistischen Drahtzieher in das Innere des Zirkus einbringen, dort einen erheblichen Sachschaden anrichteten, dann mit den bereitgehaltenen Dolchen, Eisenstücken und anderen Waffen auf Angehörige der Polizei, Teilnehmer der Versammlung und unbeteiligte Passanten einstechen und einhalten konnten, das ist ein Rätsel, das die Polizei der Öffentlichkeit auflösen muß.

Das Vergehen der Polizei hat dazu geführt, daß aus dem Versuch einer Störung der Versammlung des „Bundes für Ordnung und Freiheit“ eine politische Affäre zu werden droht oder gar schon geworden ist, und daß es den Kommunisten gelungen ist, in die Bevölkerung eine gewisse Unruhe und Besorgnis vor den kommenden Ereignissen hineinzubringen. Das ist doch wohl auch der Zweck des Unternehmens gewesen. Denn wenn den Kommunisten nur daran zu tun gewesen wäre, den Bund für öffentliche Ordnung und Freiheit an der weiteren Verwirklichung jenes Zieles zu hindern, dem die gestrige Versammlung angeblich dienen sollte, dann hätte er das verheerendste Mittel gebraucht. Denn dadurch, daß die Kommunisten das Mittel des Terrors anwandten, haben sie den Zielen des Bundes für öffentliche Ordnung und Freiheit vielleicht Sympathien auch in solchen Kreisen verschafft, die ihnen sonst vermutlich mit einem gewissen Mißtrauen begnet wären. Der Bund für Freiheit und Ordnung will angeblich eine Ergänzung der „Technischen Nothilfe“ in der Form sein, daß er Männer, Frauen und Jugendliche aller Stände und Berufsarten für die Fälle um sich sammelt, wo das Einsetzen der Technischen Nothilfe garnicht oder zu spät erfolgt.

Dem Vorstande gehören in der Hauptsache rechtsgerichtete Politiker an, aber auch Mitglieder des Zentrums und der Demokratischen Fraktion. Man kann nur annehmen, daß die Herren vom Zentrum und der Demokraten über die eigentlichen Ziele nicht genau genug informiert gewesen sind, als sie ihre Namen hergaben. Wie stark „rechts“ und parteipolitisch dieser Bund eingestellt ist, geht daraus hervor, daß in der gestrigen Versammlung vom Verbandsvorsitzenden eine Entschließung unterbreitet wurde, in der Generalfeldmarschall von Hindenburg aufgefordert wurde, als Kandidat für die Reichspräsidentenschaft aufzutreten. Abgesehen davon, daß diese Kandidatur ausschließlich von der Deutschnationalen Volkspartei aufgestellt wird, drängt sich die Frage auf, was die Reichspräsidentenwahl mit einem Bunde zu tun hat, der angeblich unpolitischen und parteilich lediglich eine „Antistreitliga“ darstellen will. Gegen willkürliche Streiks, besonders in lebenswichtigen Betrieben, hat sich die Technische Nothilfe bisher als ausreichend genug erwiesen und es ist nicht einzusehen, inwiefern ein solcher Bund rascher oder zuverlässiger in Aktion treten könnte als die Technische Nothilfe, die einer Ergänzung nicht bedarf. Die Feststellung ist wichtig, daß die Technische Nothilfe mit diesem Bund und seinen Bestrebungen garnichts zu tun hat.

Die Mittelparteien haben alle Ursache, dieser Bewegung, hinter der sich die Anfänge einer deutschen Faschistenpartei verbergen könnten, mit dem unverhohlenen Mißtrauen zu begegnen und sich nicht für sie mißbrauchen zu lassen. Wenn auf der einen Seite auch die verbrecherische Ausschreitung der Kommunisten auf das stärkste zu verurteilen und das Recht der Versammlungsfreiheit auf das nachdrücklichste zu vertreten ist, so darf auf der anderen Seite die berechtigte Entrüstung über das Verbrechen vom Sonntag nicht dazu führen, daß man die Bedenklichkeit der Tendenzen überfieht, die sich unter dem harmlos klingenden Namen „Bund für Freiheit und Ordnung“ zu verbergen scheinen.

Der russische Gelehrtenkongress in Prag.

Der russische Gelehrtenkongress, der gegenwärtig in Prag tagt, wird am Sonntag seine Schlußsitzung abhalten. Bei dieser Gelegenheit wird das russische Institut in Prag feierlich eröffnet werden.

Rektorsübergabe an der Universität

Rernsts Abschied vom Lehramt.

In althergebrachter akademischer Weise fand gestern in der neuen Aula der Universität der Rektorswechsel statt. Von Posamentenklängen begrüßt, betreten die Chargierten der studentischen Korporationen im vollen Wuchs mit ihren Fahnen die Aula. Dann folgte der Zug der Professoren, dem die Pöbelle in Amtstracht voranschritten. An der Spitze der bisherige Rektor der Universität Professor Dr. Rernst und der neue Rektor Professor Dr. Heffter mit dem medizinischen Dekan. Rernst gab einen Rechenschaftsbericht über das verfllossene Rektorsjahr. Er erwähnte die Veränderungen, die durch Tod, Emeritierungen und Neuberufungen im Lehrkörper entstanden sind, und gab der Besorgnis Ausdruck, daß durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Professoren und der Universitäten das Ansehen und die geistige Arbeit der deutschen Wissenschaft Schaden leiden muß, wenn diese das Stiefkind der staatlichen Fürsorge bleibt. Um so erfreulicher ist, daß unter Mithilfe des Ministeriums die Wohnungsnot bei Neuberufungen nach Berlin dadurch in etwas behoben wird, daß am Fehrbelliner Platz 16 Professorenwohnungen von einer G. m. b. H. bereitgestellt werden, die von der Universität und den Wohnungsinhabern gebildet wird.

Ausführlich besprach Rernst den Notstand der Studentenschaft, zu deren Vinderung die Studentenhilfe eingerichtet ist, deren Mittel aber bald erschöpft sind. Unter lebhaftem Beifall der Studentenschaft konnte er aber feststellen, daß die Berliner Bürgererschaft sich glänzend bewährt habe, und in kurzer Zeit durch Spenden drei Millionen zusammengebracht worden sind. Auch sonst sind reichlich Spenden für ähnliche Zwecke eingegangen. So 20 000 M. als Ertrag eines Studentenkonzerts der japanischen Studenten in Tokio und sechsmal Summen von je 60 bis 100 Dollar von deutschfreundlichen Kreisen aus Chardin in Sibirien. Zum Schluß mahnte der scheidende Rektor, der auch zugleich aus dem Lehrkörper der Universität ausscheidet, um die Leitung der physikalisch-technischen Reichsanstalt zu übernehmen, die Studentenschaft, an der idealistischen Lebensauffassung festzuhalten und Schillers Geist und hohes Streben auf sich wirken zu lassen.

Nachdem der neue Rektor Professor Dr. Heffter den Amtseid geleistet und mit den Insignien seiner Würde bekleidet war, hielt er seine Antrittsrede, in der er die Bedeutung seines Sonderfaches, der Pharmakologie, an der Lebensarbeit der beiden Begründer der experimentellen Pharmakologie, Rudolf Buchheim-Dorpat und Oswald Schmiedeberg-Straßburg, erläuterte. Buchheims Bedeutung liegt in seinen Bestrebungen zur Anbahnung einer Selbstständigkeit seiner Wissenschaft, die er möglichst von der

Therapie zu emanzipieren und zu einer Experimentalwissenschaft auszugestalten suchte. Es ist sein besonderes Verdienst, daß er, 1846 als außerordentlicher Professor für Arzneimittellehre und Geschichte der Medizin nach Dorpat berufen, zu diesem Zwecke aus eigenen Mitteln in seiner Wohnung ein Laboratorium errichtete, lange bevor man daran dachte, besondere physiologische Institute einzurichten. Durch Buchheims Arbeit wurde die Pharmakologie zu einer biologischen theoretischen Wissenschaft, die die Veränderungen im lebenden Organismus und in einzelnen Organen, die durch chemische Substanzen entstehen, zu erläutern sucht.

Sein Nachfolger im Amt, Oswald Schmiedeberg, der bei Begründung der deutschen Universität in Straßburg dorthin berufen wurde und ihr bis zur Auflösung im Jahre 1918 treu blieb, hat die Arbeit Buchheims fortgesetzt. Schmiedeberg und seine Schüler, von denen 35 auf Lehrstühle des In- und Auslandes berufen wurden, haben das gesamte Gebiet der Pharmakologie mit physikalischen und chemischen Methoden bearbeitet. Als besonders wichtig hebt Heffter die Arbeit Schmiedebergs über die Abhängigkeit der narotischen Wirkungen künstlich hergestellter Schlafmittel von ihrer chemischen Konstitution hervor, ferner die Untersuchungen über die Darstellung der wirksamen Stoffe des Fingerhuts und über den Eisenstoffwechsel, die zu für die Praxis wichtigen Ergebnissen geführt haben. So hat Schmiedeberg die Pharmakologie zu einem Wegweiser für die Therapie gestaltet, die aber selbst anzugeben hat, welchen Weg sie einschlagen will. Den gewissenhaften Forscher, der den lauten Tageserfolg verachtet, empfiehlt Heffter seinen Kommilitonen zur Nachahmung. Li.

Rernsts Nachfolger. Dem Ordinarius an der Technischen Hochschule in Hannover, Prof. Dr. Max Bodenstein, ist Rernsts Lehrstuhl an der Berliner Universität angeboten worden. 1900 wurde er Assistent Ostwalds am Leipziger physikalisch-chemischen Institut, wurde dort später ao. Professor und siedelte 1908 an die Universität in Berlin als ao. Professor und Abteilungsleiter an physikalisch-chemischen Institut über. Ostern 1908 wurde Bodenstein die an der Technischen Hochschule zu Hannover neugegründete ord. Professur für Elektrochemie übertragen. Mit Ostwald gab er die Ges. Abhandlungen von Rob. Wilh. Dunsen heraus.

Tanz. Niddy Zmpeloven wird am kommenden Montag, 23. Oktober, zum ersten Male nach langer Zeit wieder in Berlin tanzen, und zwar im Deutschen Theater. — Für den 27. Oktober sind drei Tanzabende angelegt, und zwar von Niddy Zmpeloven, Irit Gadesow und Steffi Malben. Ist es wirklich nötig, daß bei der verhältnismäßig geringen Zahl der Tanzveranstaltungen dieses Winters drei auf einen Abend gelegt werden? Es scheint dies doch weder im Interesse der Tänzer noch der Tanzliebhaber zu liegen.

Russische Kunstausstellung.

Von Max Osborn.

Die vom Kommissariat für Wissenschaft und Kunst in Moskau veranstaltete „Erste russische Kunstausstellung“ in den neuen Räumen der Galerie van Diemen, Unter den Linden 21, wurde gestern mittag mit Ansprachen russischer Künstler und des Reichskunstwarts Dr. Redstob eröffnet.

In der Hochflut des russischen Kunststromes, der gegenwärtig Berlin überspült, mischen sich verschiedenartige Gewässer. Auf der einen Seite haben wir Nachklang und Erinnerung an die Kultur des versunkenen Zarenreiches. Auf der anderen Emigrantenkunst der aus der Heimat Geflüchteten. Jetzt kommt ein Drittes hinzu: ein Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Daheimgebliebenen. Diese umfassende, sorgfältig organisierte Ausstellung will betonen: Sowjeterschaft bedeutet nicht allenthalben Zerstörung und Experiment, sondern unter ihr haben die schöpferischen geistigen Kräfte nicht geschlummert.

Zum erstenmal erfahren wir durch diesen weitverbreiteten Ueberblick, was die Maler und Bildhauer im Osten seit den Tagen getrieben haben, da sich die Schlagbäume zwischen den Völkern niedersenkten. Die Ausstellung gibt sich als eine unmittelbare Fortsetzung der großen russischen Kunstschau, die der Maler und Schriftsteller Igor Grabar vor sechzehn Jahren durch Westeuropa führte. Was damals den Abschluß bildete, steht nun zum Beginn: die Malerei der Realisten und der verhältnismäßig kleinen Gruppe von Impressionisten, über die Rußland verfügt. Dazu gehören die Bilder Archipows von Feldern und Dörfern, die geschmackvollen Stillleben von Bras die zarten Landschaften und Interieurs von Korowin und die breit hingestreckten Gestalten der von Licht und Luft umfluteten Bauernmädchen von Maljawan.

Den Hauptraum jedoch nehmen nun die ein, die in Kunst und Leben, Arbeit und Persönlichkeit den Sturm der Revolution innerlich erlebten, zum Teil prophetisch ankündigten, und bildnerisch zu gestalten suchten. Nirgends hat die nachimpressionistische Kunst eine so ungeheure Entfaltung gefunden wie in Rußland. Den Prolog agieren ein paar Maler, die den Farbflächenbau des Cézanne drüben einbürgerten, wie Kontschalowski oder Falk. Dann geht es mit Behemung ins Neuland, und es ist nur von höchstem Interesse, zu beobachten, wie sich die allgemeinen europäischen Vorstellungen der jüngeren Generation mit der aus den Säften des Volkstums gespeisten russischen Anschauungsart durchdrängen. Chagall, bei uns wohl bekannt, ragt als stärkste Individualität heraus. Er will nächstens, an derselben Stelle, eine eigene große Ausstellung ver-

Herriot über Sowjetrußland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 15. Oktober.

Der Deputierte Herriot hat auf seiner Rückreise aus Rußland einem Vertreter des „Journal“ über die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland folgendes erklärt: „Ich bin mit meiner Reise außerordentlich zufrieden und hoffe, daß sie fraktische Resultate haben wird. Die Russen sind keineswegs abgeneigt, die vom früheren zaristischen Rußland mit Frankreich abgeschlossenen Schulden anzuerkennen, aber es ist außer Zweifel, daß sie im gegenwärtigen Zustand ihrer Finanzen nicht zahlen können. Nach Herriot sind die Volkstommisare im Prinzip geneigt, die Schulden der Vorkriegszeit in ihrem ganzen Umfang anzuerkennen, aber das heißt noch nicht, daß die Russen bereit seien, irgendeine Verpflichtung einzugehen. Uebrigens habe die Anerkennung noch nie dasselbe bedeutet wie Zahlen.“

Auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland übergehend, erklärte Herriot dem Berichterstatter, daß sein Empfang in Rußland außerordentlich begeistert gewesen sei, daß es aber nicht nur bei diesem platonischen Empfang geblieben sei; er habe bereits ein wichtiges Resultat erreicht. Die kommende Ausstellung auf der Messe von Nischni Nowgorod wird nach Lyon übertragen und diejenige von Lyon wird in Nischni Nowgorod ausstellen. Auch Tschitscherin werde zur nächsten Messe nach Lyon kommen.

„Das gegenwärtige Rußland“, so führte Herriot aus, „reicht uns die Hand mit demselben Entgegenkommen und derselben Hingabe wie damals, als unter Nikolaus II. die Grundlage zu der Alliance zwischen den beiden Ländern gelegt wurde, deren Bau erst unter den Schlägen einer furchtbaren inneren Revolution zusammenbrach. „Frankreich und Rußland“, hat ein Volkstommisare zu Herriot geäußert, „kann beide die Pole des Friedens in Europa sein.“ Auch habe zwischen Herriot und Tschitscherin eine bedeutende Beprechung stattgefunden, die die Grundlage zu der kommenden Aktion im außenpolitischen Sinne sein wird und die die Annäherung der beiden Länder herbeiführen soll.

Wenn man Herriot glauben darf, so wäre es übertrieben, den großen Anstrengungen, die Deutschland in Rußland macht, zu große Bedeutung beizulegen. Die Art und Weise der Deutschen, äußert sich Herriot, sich überall als Eroberer aufzuspielen, hätte ihnen viele Sympathien bei einem Volke verschert, das „aus Tradition die Deutschen nicht liebt“. Für Herriot und seine Begleiter sind die Bolschewisten die unbestrittenen Herren Rußlands. Die ungeheure Mehrheit des Volkes hat ihre „Diktatur mit freiem Willen auf sich genommen“ und die Zahl derer, die sich dem Regime der Bolschewisten anschließen, wächst von Tag zu Tag. Uebrigens brauche der Name des Bolschewismus in Frankreich keine Furcht zu erwecken. In diesem Bolschewismus gehe zurzeit eine ungeheure Evolution vor sich. Die Bolschewisten bilden zwar nach wie vor die revolutionäre Partei, aber Herriot hat das „Gefühl“, daß seit einiger Zeit eine grundlegende Evolution vor sich gehe, darauf ausgehend, der Theorie von Karl Marx eine realistischere Auslegung zu verleihen. Diese Evolution wird bewirken, daß gewisse bürgerliche Staaten mit den Sowjets die Beziehungen wieder aufnehmen.

Im übrigen scheine, daß die Sowjets keineswegs die Möglichkeit ins Auge fassen, das Eigentumsrecht wieder herzustellen. Sie hätten aber immerhin ihre Ansicht geändert und zur gegenwärtigen Stunde sei nur der Grund und Boden nationalisiert, dagegen die Bodenprodukte Privateigentum. Die Bolschewisten sind bereit, den Franzosen langdauernde Konzessionen von 65, 70 und 75 Jahren zu erteilen.

anstanden und ist darum jetzt nur mit ein paar Proben vertreten. Neu aber ist für uns Filonow, von den Futuristen angeregt, doch in dem fesselnden Bilde, das wie in einer phantastischen Arche Noah ein Volksgewimmel mit sehr kultivierten Farben bündigt, von spezifisch russischer Gesinnung.

In breitem Anmarsch drängen die Scharen hinterher, die aller Tradition Fehde ansagen. In dem Grade, wie Ausmaß und Wucht der russischen Umwälzung alle Bewegungen in anderen Ländern übertrumpft hat, lassen diese Künstler an fanatischer Konsequenz ihre sämtlichen europäischen Kollegen hinter sich. Man kann nicht sagen, daß sich eine besonders große Reihe bedeutender Persönlichkeiten dabei heraushebt. Aber die Gesamtkategorie dieser Massen sehnsüchtig Strebender, verzückt Grüblender, leidenschaftlich Suchender bietet ein Dokument von packender Großartigkeit. Man fühlt den heißen, dunklen Wunsch, in einem Neuaufbau der Formvorstellungen den Neuaufbau der staatlichen und wirtschaftlichen Welt zu deuten. Die besten Köpfer sind uas auch hier nicht mehr fremd: Archipenko und Kandinsky. Die wertvollste neue Bekanntheit ist Sterenberg, kein Aufwähler, aber ein Maler von ungewöhnlichem Feingefühl. Sein flimmerndes, ein wenig kubistisch verklärtes Interieur blüht in fröhlichem Farbenrausch. Sein „Wald“ mit dem zarten Grün auf braunem Boden gegen hellviolettem Himmel ist eine Delikatess. Die primitiv aufgebauten Stillleben verkünden außerordentlichen Geschmack. Daneben entzücken die Zeichnungen, graphischen Blätter und in großem Stil entworfenen Theaterarbeiten von R. Altman; er hat auch ein paar Skizzen vom Kopf Lenins gezeichnet. Sodann die Holzschritte von Kronsohn. In dem hübschen kleinen Theaterkabinett neben Altman die Figuren der Frau Exter und der, offensichtlich von Gordon Craig beeinflusste Bühnenprospekt von Taitlin.

Taitlin steht dann an der Spitze der ganz Abstrakten. Man sieht von ihm ein „Contre-Relief“, aus Materialien gefügt, in der Art unserer „Metz“-Männer, mit dem ich nichts anzufangen weiß. Alle diese „Konstruktivistischen“ und „Suprematistischen“ kann ich nur als Ausdruck einer Empfindungswelt nehmen, die aus einem Chaos zu neuen Prinzipien fester und geschlossener Formfügungen aufsteigen will. Auch hier spricht, in einer gleichsam flammen Spache, tiefes Erleben, Schmerz und Sehnsucht. Gestaltende Kraft, die bezwingen könnte, lebt vielleicht einzig in dem Bildhauer Gabo. Seine Glasplastiken sind seltsam phantastisch anregend.

Achtstundentag und Theater. Eine Entscheidung von weittragender Bedeutung ist vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in dem Streit zwischen Theaterdirektoren und Bühnenarbeitern gefällt worden. Diese nahmen für sich den durchgehenden Achtstundentag in Anspruch, so daß die Bühnen-

Im einzelnen könne er sich über diese Fragen nicht äußern, werde dies aber Poincaré gegenüber tun, speziell über die Ausichten, die die französische Industrie in Rußland habe. „Die Pforten Rußlands“, schloß Herriot, „sind bereit, sich groß vor unseren Geschäftslenten, unseren Industriellen und unseren Bankiers zu öffnen. Frankreich kann, wenn es will, wie vor dem Kriege die erste Rolle in Rußland spielen. Die Russen wären übrigens sehr froh, wenn in kürzester Zeit eine gemischte französische Kommission nach Moskau käme, und in diesem Falle könnten sie in ernsthafter Weise über die Regelung ihrer Schulden sprechen. Zur gegenwärtigen Stunde wären zwar, erklären die Bolschewisten, ihre Zahlungsmöglichkeiten gleich null, aber es würde genügen, daß drei oder vier gute Erntejahre eintreten, um die ganze Sache von Grund auf zu ändern.“

Das Räumungsprogramm für Thrazien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 15. Oktober.

„Ergänze Telegraph“ meldet aus Konstantinopel, daß der britische Oberkommisare den alliierten Oberkommisaren offiziell mitgeteilt habe, daß Griechenland den Waffenstillstandsvertrag von Mudania annehme.

Die griechischen Militärbehörden Ostthraziens haben ferner folgendes Räumungsprogramm angenommen: Die Zone südwestlich von Charlesstot wird vom 15. bis 20. Oktober geräumt, die Zone, welche bis zur Mariga geht, zwischen Rodesto und Kostau, wird vom 21. bis 25. Oktober, und endlich die Linie

125 Mark halbmonatlich

kostet die Vossische Zeitung

Sofortige

telephonische Bestellung unter

Dönhoff 3600

oder in den Geschäftsstellen der Vossischen Zeitung

von Adrianopel zwischen dem 28. und 30. Oktober geräumt. Die Schwierigkeit der Operation besteht darin, daß kein rollendes Material vorhanden ist und über 200 000 Flüchtlinge ihren Abtransport mit der Eisenbahn erwarten und die wenigen Züge im Sturm nehmen.

Der in Toulon angelommene Franklin Bouillon hat einem Berichterstatter des „Matin“ erklärt, daß die Haltung Frankreichs in der Türkei überall größten Enthusiasmus auslöst habe. „Ich habe da“, so erklärte er wörtlich, „in einer Atmosphäre engerer Freundschaft gelebt. Mehr als je müssen wir uns der Türkei nähern. Wir können im Orient alles zurückgewinnen, was uns der Frieden von Versailles an Einfluß und Beziehungen verlieren ließ.“ Ueber die Rede Lloyd Georges und den Erfolg seiner diplomatischen Mission äußerte er sich: „Frankreich allein verdankt es die Welt, daß ein Abkommen zustande gekommen ist, das den Frieden sichert. Frankreich allein hat es verstanden, mit der Türkei zu verhandeln.“

leiter sich für die Abendvorstellung bisher noch eine zweite Schicht Arbeiter halten mußten. Der Schlichtungsausschuß hat nunmehr sein Urteil dahin abgegeben, daß überall, wo Proben oder andere technische Umstände es erfordern, die Direktion das Recht besitzt, den achtstündigen Arbeitstag der Bühnenarbeiter in Vormittags- und Abendtätigkeit einzuteilen. Die Direktoren erklärten sich mit der Entscheidung einverstanden, eine Stellungnahme der Arbeiter ist noch nicht erfolgt. Dagegen wurde ein Schiedspruch, der den Bühnenarbeitern ein Monatsentkommen von 20 400 Mark, also eine Erhöhung um 70 Prozent, zusichert, von beiden Parteien anerkannt.

„Fidelio“ in der Volksooper. Die Deutsche Volksooper flügte Sonntag ihrem Spielplane den „Fidelio“ ein. Die Aufführung hinterließ als Ganzes einen vortrefflichen Eindruck. Es gab bis zum Schluß ein stetes Crescendo der äußeren und, wenn ich so sagen darf, der inneren Dynamik, daß der rauschende Beifall, in dem sich die Ergreiftheit Luft machte, als eine durchaus wohlverdiente Dankesundgebung hingenommen werden konnte. Hans Strohbach hatte mehr praktische als schöne Dekorationen entworfen, in denen eine zu einer Plattform im Mittelgrunde von rechts nach links emporsteigende schmale Treppe eine große Rolle spielt. Alexander d'Arnals hat sie mit der Absichtlichkeit im szenischen Arrangement, die er immer noch nicht lassen kann, weiblich ausgenutzt. Der Zuschauer konnte von dem fortwährenden Treppauf und Treppab ein wenig nervös werden. Ein Regisseur, der Einfälle hat wie d'Arnals und so ernst bei der Arbeit ist, würde mehr leisten, wenn er weniger zu leisten beflissen wäre. Franz von Höpflin zeigte volle Hingabe und jene Wärme, die kein Musizieren so sympathisch macht. Mit der Dritten Leonoren-Duvertüre, die er nach einem nicht ohne weiteres zu billigenden Brauch als Ueberleitung zum Schlußbilde auführte, holte er sich einen starken Sondererfolg. Orchester und Chor verdienen gleichermaßen gelobt zu werden. Theodor Vattermann bot als Pizarro die charaktervollste, die interessanteste Leistung des Abends. Er selbst versteht es ja, wie Michael Bohnen, wirkungsvolle Maslen zu machen, und er vermag als Sänger und als Darsteller die Natur, die Form, die er sich schafft, mit Leben zu füllen. Ueberzeugend in ihrer echten Menschlichkeit, in der Größe und Kraft des seelischen Ausdrucks war Melanie Kuth. Wir kennen ihren Fidelio als eine ihrer wertvollsten künstlerischen Gaben. Friz Vogelstroms Florestan setzte sich trotz einer Indisposition schließlich kräftig durch, Albert Reiß als Jacuquino, Wilhelm Guttman als Minister, Franz Sauer als Rocco leisteten Verdienstvolles. Nur Elise Zushlau war als Marcelina nicht ganz am richtigen Platz.

Die „Internationale Gesellschaft für neue Musik“ verspricht einen u. a. von Adolf Weismann, Oskar Die, Gieseling, Jarnach, Hindemith gezeichneten Aufbruch, der zur Schaffung einer „Sektion Deutschland“ der in Salzburg mit London als Zentralbüro begründeten Gesellschaft anregt. Die konstituierende Versammlung findet morgen nachmittag 5 Uhr im Bechsteinaal statt; willkommen sind alle, die „Teilnahme an der neuen Musik“ bekunden wollen.

Also sprach Lloyd George.

Neuwahlen am 18. November?

Lloyd Georges Rede in Manchester hat bisher nur eins entschieden: Lloyd George ist nicht gewillt, sich freiwillig aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen, und wird sein Amt erst auf Grund einer parlamentarischen Entscheidung oder eines negativen Ausgangs der bevorstehenden Wahlen niederlegen. Seine Rede war innerpolitisch auf den Ton gestimmt, keine Partei, die er als blüdnisfähig betrachtete, vor den Kopf zu stoßen. Für die Konservativen suchte er seine Orientpolitik verständlich zu machen, indem er darauf hinwies, er habe nur die Erbschaft seiner Vorgänger Asquith und Grey übernommen, die die Türkei, bevor er Premierminister wurde, schon völlig aufgeteilt hätten. Er selbst dürfe diese Politik jetzt nicht kritisieren, weil er ihr damals als Kabinettsmitglied zugestimmt habe, „sie sei aber eine äußerst kurzfristige Politik gewesen“. Der Arbeiterpartei versprach er, darüber zu wachen, daß in Zukunft in England kein Regiment der Klassegegensätze geführt werde, eine Politik der Vazifizierung nach innen und nach außen, die nach innen insbesondere weder reaktionär noch revolutionär sei, bilde das Erfordernis der Stunde.

Um so schärfer — in der Tonart seiner heftigsten Reden während seines Kampfes gegen das Oberhaus im Jahre 1910 — ging er mit seinen Kritikern unter den unabhängigen Liberalen und den außenpolitischen Journalisten der großen englischen Blätter ins Gericht. Nicht mit Unrecht wirft ihm bezugnehmend auf diese Abschnitte seiner Rede die „Times“ vor, „in weiten Kreisen werde sich Mißstimmung über den Inhalt der Rede Lloyd Georges bemerkbar machen, weil sie so weit von dem Standard entfernt sei, den alle seine Vorgänger unverändert in den entscheidenden Augenblicken eingehalten haben“. Auch die anderen großen englischen Blätter äußern ihr Mißfallen darüber, daß er seine politischen Gegner im journalistischen Lager als „jene sonderbare Persönlichkeiten, die in der Presse auf ihn losgelassen seien“, bezeichnete und sich einen schroffen persönlichen Angriff gegen den in allen politischen Parteien geachteten, nicht übermäßig klugen, aber sehr vornehmen Sohn des großen Gladstone leistete.

Der ungünstige äußere Eindruck der Form der Rede dürfte diesmal schwerer ins Gewicht fallen als sonst, da auch der Inhalt nur wenige befriedigt hat. Denn rüchhaltslos zustimmend äußert sich nur der „Daily Chronicle“, das Leitblatt des Ministerpräsidenten. Die „Daily Mail“ und die „Sunday Times“ beantworten das Schweigen Lloyd Georges über den Termin der Wahl mit der parteioffiziösen Mitteilung aus dem unionistischen Lager, daß die Auflösung des Parlamentes voraussichtlich noch in dieser Woche erfolgen werde und bereits mit dem 18. November als dem wahrscheinlichen Hauptwahltag in England gerechnet werden könne. Die Wahlen vollziehen sich nicht alle an einem Tage, sondern sind über annähernd zehn Tage verteilt, wobei ein Tag, der die Ergebnisse in den größeren Städten bringt, der entscheidende ist.

Es ist bezeichnend, daß diese Zeitangabe bekanntgegeben wurde, nachdem die maßgebenden Persönlichkeiten der unionistischen Parteien am Sonntag beschlossen haben, den für den 15. November nach London einberufenen Parteitag „vorzuverlegen“, damit er auf jeden Fall vor den Wahlen stattfindet. Zur Vorbereitung dieses Parteitages, der darüber entscheiden soll, ob die unionistische Partei als Koalitionspartei mit einem, mit den Lloyd-George-Liberalen zu vereinbarenden Koalitionsprogramm oder als selbständige Partei mit völliger Freiheit der Kritik und des Handelns auftreten soll, sind heute Nachmittag unter Vorsitz Chamberlains die unionistischen Minister zu einer Beratung zusammengetreten. Auf Grund der Stimmung im Lande nach der Rede des Premierministers soll entschieden werden, welche grundsätzliche Entscheidung zur Koalitionsfrage den Vertrauensmännern der Partei vorgelegt werden soll. W. H. E.

Koalitionskabinett mit den Faschisten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 16. Oktober.

Die Entscheidung über die schleichende Ministerkrise muß baldigst erfolgen. Ein Ausweg aus der jetzigen Unsicherheit und die Bildung einer neuen festen Regierung ist aus innerpolitischen, insbesondere finanziellen, Gründen dringlich. Die Faschisten würden wahrscheinlich auf die sofortige Kammerauflösung verzichten, falls sie mit mehreren Portefeuilles in die neue Regierung eintreten könnten. Die Anhänger Giolittis suchen diesen zu bewegen, die Bildung einer neuen Regierung durch außerparlamentarische Kreise zu übernehmen. Der Ministerrat tagt heute, und der König kehrt morgen von Brüssel zurück, so daß die Entscheidung bevorsteht.

Weitere Schahwechsel für Belgien.

Die für den 15. Oktober nach dem mit Belgien geschlossenem Abkommen fälligen Goldschahwechsel sind heute vormittag der Reparationskommission in Paris übergeben worden. Die Wechsel lauten unter Verbrieflichung der Deutschland aus anderen Leistungen zu machenden Guthabern auf einen Gesamtbetrag von 47 445 155 Goldmark.

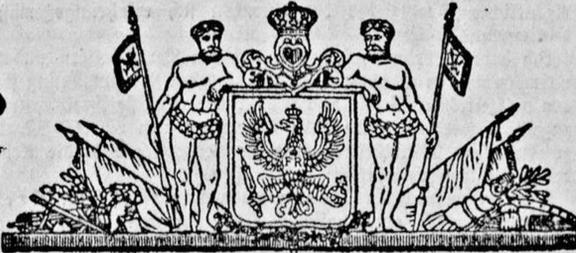
Wegen des Vorfalles am vergangenen Sonnabend in Oberkassel, wo ein junger Oberkasseler Turner im Anschluß an eine Veranschaulichung von betrunkenen belgischen Marinejoldaten erschossen worden ist, erschienen gestern nachmittag der belgische Delegierte der Rheinlandkommission von Neuf und der Ortskommandant bei dem Vertreter des Düsseldorf Oberbürgermeisters in Oberkassel und sprachen ihm und der deutschen Regierung im Namen der Rheinlandkommission ihr Beileid aus.

Die am 11. Oktober in Berlin versammelten Vertreter des Preussischen Richtervereins erhoben gegen das von der Internationalen Rheinlandkommission gegen die Vollstreckung der gegen Smets erlassenen rechtskräftigen Strafurteile deutscher Gerichte erlassene Verbot Einspruch und fordern von den berufenen Stellen des Reiches und Preußens wirksamen Schutz der auf das schwerste verletzten deutschen Justizhoheit.

Die rumänischen Krönungsfeierlichkeiten.

Die Krönung des rumänischen Königspaars in Alba Julia verlief programmäßig. Bei der Parade defilierte die Königin zu Pferde an der Spitze der Truppen. Es waren u. a. anwesend: Die Königinnen von Griechenland und von Serbien, Marschall Foch und der spanische Infant.

Vossische



Zeitung

5 Mark

Gründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8600-8663 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 8686-8695. Telegramm-Adresse: Ullsteinbau, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660

Die Pariser Gegenanschläge.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 16. Oktober.

Sir John Bradburn hat, wie ich von unterrichteter Seite erfahre, seine Denkschrift bereits in der letzten Septemberrunde der Reparationskommission überreicht. Die französischen Zeitungen irren sich also, wenn sie einen Zusammenhang zwischen der letzten Rede Lloyd Georges und der Denkschrift herstellen und von einem kombinierten englischen Vorstoß gegen Frankreichs gesamte Außenpolitik sprechen. Bradburn scheint zu bedauern, daß seine Vorschläge, deren sofortige Erörterung er gewünscht hätte, erst jetzt in der Reparationskommission besprochen worden sind. Er legt Wert auf die Feststellung, daß er seine „Mission in voller Unabhängigkeit von der Londoner Regierung“ erfüllt und sich darauf beschränkt hat, die Regierung von seinen Absichten zu informieren.

In den letzten Beratungen der Reparationskommission hat Bradburn, wie ich weiter erfahre, die Erwartung geäußert, daß Frankreich endlich seinerseits der Kommission feste Vorschläge für die Lösung des Reparationsproblems vorlegen werde, statt immer nur die Vorschläge anderer Delegierter zu kritisieren und abzulehnen. Er hat betont, daß eine Lösung nach seiner Ueberzeugung nur möglich ist, wenn die Fragen rein finanztechnisch behandelt werden und alle politischen Bestrebungen zurücktreten. Auch der Schein politischer Bestrebungen müsse vermieden werden.

Barthous Erwiderung gipfelte, nach meinen Informationen, in der Behauptung, daß Frankreich einer Katastrophe entgegengehe, falls es nicht auf irgendeine Weise Geld erlange, und daß die sofortige Erlangung von Geld nur bei einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage möglich sei.

Die französische Gegendenschrift wird, dem „Temps“ zufolge, keineswegs vor Freitag überreicht werden können. Poincaré hatte Sonntag vormittag eine neue lange Unterhaltung mit Barthou, der auch mit Millerand über das französische Programm konferieren wird. In hiesigen politischen Kreisen schließt man aus den langen und umfangreichen Vorbereitungen für die Ausarbeitung der Gegendenschrift, daß diese doch etwas anderes sein wird, als die einfache Wiederholung des Programms, das vor der Londoner Konferenz von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurde und dann wegen der englischen Note über die Schuldenfrage zum Teil unter den Tisch fiel. Das „Cablogramme“ berichtet, in Kreisen des Quai d'Orsay werde erklärt, Frankreich gehe jetzt vor allem darauf aus, England zu einer klaren Äußerung über seine Stellung zu dem gesamten Schuldenproblem zu zwingen. Aber auch für den Fall eines Scheiterns einer französisch-englischen Verständigung scheint die sogenannte „starke Methode“ nicht in Aussicht genommen zu sein. Man betone in französischen amtlichen Kreisen nach wie vor, daß die Zeit für eine gewaltsame Lösung der Reparationsfrage vorüber sei.

Die französische Presse lehnt das Programm Bradburns durchweg ab. Nur wenige Blätter versuchen dabei, dem Plan des englischen Finanzpolitikers trotz Betonung seiner angeblichen Unausführbarkeit einigermaßen gerecht zu werden. Die meisten Zeitungen kommentieren die Denkschrift gleichzeitig mit der Rede Lloyd Georges, die in äußerst heftigen Ausfällen zurückgewiesen wird, und gefallen sich in einem Ton der Schärfe, der eine sachliche Auseinandersetzung ausschließt. Das „Echo de Paris“ meint, die „absurden“ Vorschläge Bradburns seien „günstigstenfalls“ als Ankündigung des künftigen Desinteresses der englischen Regierung in der Reparationsfrage aufzufassen. — Tardieu erkennt im „Echo national“ als einziger unter den französischen Journalisten dem Programm Bradburns technischen Wert zu, hält es aber für unannehmbar, weil es dem deutschen Schuldner alle Vorteile einräumt, ohne dem französischen Hauptgläubiger eine Kompensation zu bieten. In keinem Pariser Blatte wird hervorgehoben, daß der englische Delegierte ja selbst nur ein Provisorium vorschlägt und die Festsetzung der deutschen Schuld als vorläufig unmöglich bezeichnet, nachdem England im Gegensatz zu Frankreich so lange auf dem „Forfait“ bestanden hat.

Es berührt seltsam, daß die gleichen Pariser Zeitungen, die früher den auch von Deutschland verlangten Forfait so entschieden bekämpft haben, heute sogar deutsche Zeitungen anführen, um die sofortige Feststellung der deutschen Schuld auch mit dem Hinweis auf die angeblichen Wünsche Deutschlands zu rechtfertigen. In der französischen Gegendenschrift wird diese Frage übrigens nicht berührt werden, da sie nach französischer Auffassung der Brüsseler Konferenz vorbehalten werden soll.

Der ehemalige Ministerpräsident und Führer der Radikalen Painlevé hielt gestern in Bordeaux eine Rede, in der er sagte, Frankreich wolle die Sicherheit, Stabilität und die unerlässlichen Reparationen. Sicherheit und Stabilität wolle es nicht für sich allein, sondern für alle Nationen. Es wolle sie nicht auf Gewalt, sondern auf Gerechtigkeit aufbauen. Die Politik des alles zahlenden Deutschland nannte Pain-

levé demagogisch. Die Politik, die die Republikaner ihr gegenüberstellen, sei nicht der Verzicht, sondern die Realisierung im Bereiche der Möglichkeit. Man wolle mit aller notwendigen Beschleunigung wieder aufbauen, indem man deutsche Arbeiter und deutsche Materialien verwende. Man müsse einen Teil der Aktien der großen deutschen Unternehmungen zu

deren Zahlung verwenden und ein für allemal die deutsche Schuld festsetzen zwecks Abschlußes einer großen internationalen Anleihe.

Biviani ist heute zum Senator des Departements Creuse gewählt worden.

Straßenkämpfe im Zentrum Berlins.

Ein kommunistischer Angriff. — Ein Toter und über 100 Verletzte. — 70 Verhaftungen.

Sonntag vormittag haben sich vor dem Zirkus Busch, am Bahnhof Börse, blutige Kämpfe zwischen Mitgliedern des rechtgerichteten „Bundes für Freiheit und Ordnung“, Kommunisten und Beamten der Schutzpolizei ereignet. Die Straßenkämpfe, die sich zwischen acht Uhr vormittags und ein Uhr mittags abspielten, haben ein Todesopfer gefordert. Fünf Beamte der Schutzpolizei und etwa 100 Personen, Demonstranten und Unbeteiligte, haben schwere Verletzungen durch Dolchstiche und Hiebe mit Eisenstücken erhalten. Der Berliner Polizeipräsident hat gestern Ermittlungen nach den verantwortlichen Urhebern dieser Unruhen anstellen lassen. Insgesamt sind bisher 70 Personen festgenommen und verhört worden. Für die weitere Aufklärung der Schuldfrage ist eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt worden.

Bereits am Donnerstag wurden in Berlin hektographierte Lauffzettel verteilt, in denen aufgefordert wurde, die vom „Bund für Freiheit und Ordnung“ für Sonntag nach dem Zirkus Busch einberufene Versammlung aller rechtsgerichteten, vaterländischen Verbände Berlins durch gewalttätige Störungen nicht zustande kommen zu lassen. Am Freitag fanden sich Funktionäre kommunistischer Organisationen in einer geheimen Besprechung zusammen und beschloßen einstimmig, ihre Gesinnungsfreunde geschlossen „zum Kampf gegen die Orgeß-Hande“ zum Zirkus Busch aufzumarschieren zu lassen. Durch eine umfangreiche Agitation, auch in der „Roten Fahne“, wurden die für derartige Straßenputzungen geeigneten Elemente zu einem Stelldicheln am Sonntag früh um 8 Uhr am Billowplatz, am Bismarckplatz und in der Fröbelstraße im Asyl für Obdachlose veranlaßt. Agenten versprachen den Bewohnern des Asyls für Obdachlose in der Fröbelstraße „Lagegelder“, wenn sie sich einfinden würden. Der Erfolg der Agitation war ein zahlenmäßig geringes Aufgebot. Man hatte nämlich erfahren, daß der „Proletarische Gesundheitsdienst“, die kommunistische Sanitätsorganisation, auf besonderen Wunsch der Demonstrationsleiter einen starken Sanitätshelferdienst eingerichtet hatte, so daß man nicht unberechtigt daraus die Schlußfolgerung zog, daß es zu provozierten blutigen Kämpfen kommen würde. Die Mehrzahl der „Gesinnungsgenossen“ hatte es daher vorgezogen, am Sonntag vormittag lieber zu Hause zu bleiben. Aber etwa 2000 Personen marschierten mit roten Fahnen, singend, um 8 Uhr früh von den verschiedenen Treffpunkten in der Richtung beim Bahnhof Börse auf. Hier war der Sammelpunkt. Der zuerst von den Führern beschlossene Plan, durch die Massen die Zirkusräume vor Beginn der Versammlung bereits anzufüllen, um auf diese Weise den später kommenden Teilnehmern des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ den Eintritt unmöglich zu machen, mußte aufgegeben werden, weil die Massen, wie man sie erhofft hatte, nicht erschienen waren. Die Drahtzieher änderten die Dispositionen. Die kommunistischen Demonstranten drangen gegen 10 Uhr vormittags durch die Restaurationsräume in das Innere des Zirkus, zerbrachen alle Scheiben und Türen, stürmten in den Versammlungsraum und versuchten, die in der Manege aufgestellten Stühle entweizuschlagen. Jetzt erschienen die 200 Ordner des Bundes und forderten die Eindringlinge auf, den Zirkus zu verlassen. Dabei kam es zu dem ersten Handgemenge am Eingange des Zirkus. Mehrere Personen wurden durch Stuhlbeine und Totschläger schwer verletzt. Sie erhielten ihre erste Hilfe in dem Flur des Hauses Burgstraße 28 durch die bereits „kampfbereite“ kommunistische Sanitätsstelle.

Inzwischen mußten die Ruhestörer das Gebäude verlassen. Sechs Beamte der Schutzpolizei, die an der Spree vor dem Gebäude den Frühdienst verrichteten, wurden von der Menge angegriffen und, als sich die Beamten zur Wehr setzen wollten, zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Dabei raubte man ihnen ihre Waffen. Passanten, die diesen Vorfall beobachtet hatten, alarmierten sofort das Ueberfallkommando, das ein Postauto mit einem starken Aufgebot von Beamten vor den Zirkus sandte. Die kommunistischen Demonstranten hatten sich vorsichtigerweise in die Zugangsstraßen zurückgezogen und waren am Monbijouplatz über eine Radfahrpatrouille von vier Beamten hergefallen und hatten sie mit den Seitengewehren, die sie kurz zuvor vor dem Zirkus erbeutet hatten, schwer verletzt. Der Unterwachtmeister Wya-

wianski und der Schutzpolizeibeamte Henkel von der Lindenwache erlitten so schwere Verwundungen, daß sie besinnungslos nach der Rettungsstelle XV in der Landsberger Straße geschafft werden mußten. Auch das Berliner Rettungsamts griff mit mehreren Wagen und fliegenden Sanitätsstationen unter Leitung seines Direktors Dr. Frank vielfach ein.

An verschiedenen Stellen in der Umgegend des Zirkus Busch fielen die Demonstranten über Passanten her, die sich zur Versammlung begeben wollten. Da sich die Angegriffenen zur Wehr setzten, kam es jedesmal zu blutigen Schlägereien.

Soweit es sich feststellen ließ, sind insgesamt etwa 120 Personen von den anwesenden Ärzten mit Rotverbränden versehen worden. Ihre Verletzungen waren aber stets so leichter Natur, daß sie sich gleich darauf nach Hause begeben konnten. In das St.-Hedwigs-Krankenhaus in der Großen Hamburger Straße wurden in einem Massentransport 17 Personen geschafft. Von ihnen konnten bereits am Nachmittag 15 Patienten aus der ärztlichen Behandlung entlassen werden. Der Schriftsteller Kurt Müller aus Potsdam und der Kaufmann Willi Riez aus der Bleibtreustraße 32 in Charlottenburg wurden wegen ihres lebensgefährlichen Zustandes zurückgehalten. Im Laufe der heutigen Nacht haben sich beide Patienten wieder erholt. Ein anderer Verwundeter wurde nach dem Krankenhaus am Urban geschafft, es ist der Kaufmann Werner Galla aus der Holsteinischen Straße in Wilmersdorf. Er war von der Menge verfolgt und über die Straße unter den Linden gejagt worden, hatte sich in eine vorüberfahrende Droschke geflüchtet, war auf den Straßendamm herausgezerrt, mit Gummiknütteln geschlagen und mit Messern in die Lunge gestochen worden.

Während dann das überaus starke Aufgebot der Schutzpolizei, das vor Beginn der Versammlung im Zirkus Busch den Platz vor dem Gebäude besetzt hielt, dafür sorgte, daß die Versammlungsfreiheit der Bundesmitglieder gewahrt blieb, kam es auf der Rückseite des Gebäudes zu neuen Ausschreitungen. Zwei Versammlungsteilnehmer wurden in die Spree geworfen, zum Glück aber von einem zufällig in der Nähe befindlichen Schiffer gerettet.

Während der Versammlung zerstreute sich die Menge, belästigte aber mehrere Wagen der Studenten, die in vollem Wicks anlässlich der Rektoratsübergabe vor dem Universitätsgebäude vorgefahren waren. Man entriß ihnen ihre Fahnen und schlug sie mit dem Fahnenstöcken blutig, so daß sie sich in die Universitätsvorhalle flüchten mußten. Bei der Beendigung der Versammlung sorgte der Kommandeur der Schutzpolizei Oberst Kaupisch gemeinsam mit dem Leiter der politischen Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weiß, dafür, daß der Zug der aus dem Zirkus kommenden Versammlungsteilnehmer ohne weitere Zwischenfälle in der Gegend des Spreebades Marktes sich auflöste. Einzelne Personen, die sich vorzeitig aus dem Zuge entfernt hatten, wurden von den überall herumlungelnden Kommunisten in eine Seitenstraße gedrängt und dort mißhandelt.

Gegen 2 Uhr war überall die Ruhe wieder hergestellt. Polizeipräsident Richter leitete sofort die Untersuchung nach den schuldigen Personen, die die Waffe zum Angriff auf die Versammlungsteilnehmer gereizt und geführt hatten, ein. Es wurden fast alle Mitglieder des kommunistischen Sanitätsdienstes festgenommen und einem eingehenden Verhör unterzogen. Hier wurde einwandfrei festgestellt, daß es sich um einen planmäßigen Ueberfall handelt, so daß der Tatbestand des Landfriedensbruchs vorliegt. Auf Grund der Aussagen der festgestellten Persönlichkeiten wurden auch bald alle in Frage kommenden Funktionäre, die an den kommunistischen Versammlungen am Freitag teilgenommen und den Beschluß zur gewalttätigen Störung der Versammlung gutgeheißen hatten, von Beamten der politischen Polizei aufs Polizeipräsidium gebracht. Insgesamt sind bisher 70 Personen verhaftet. Mehrere von ihnen sind, da kein Fluchtverdacht vorlag, sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Zurzeit sind unter Leitung des Oberregierungsrats Dr. Weiß zahlreiche Streifen der Kriminalpolizei in Berlin unterwegs, um Hausdurchsuchungen zu veranstalten und neue Verhaftungen dringender verdächtiger Rädelstörer vorzunehmen und Personen, die sich an den Gewalttaten gegen die Schutzpolizei beteiligt haben, ausfindig zu machen. Heute vormittag fand in Anwesenheit des Polizeipräsidenten Richter eine längere Konferenz mit dem Kommandeur der Schutzpolizei und dem Leiter der politischen Polizei im Polizeipräsidium statt, in der nochmals die Ursachen der gestrigen Zusammenstöße, die Tätigkeit der Schutzpolizei und die Schuld der in Frage kommenden Behörden besprochen wurden. Der „Bund für Freiheit und Ordnung“ hat an verschiedene politische Instanzen Beschwerden über den unzulänglichen polizeilichen